

**DESINFORMATION,
DIFFAMIERUNG UND
DEFUNDING:**

ZIVILGESELLSCHAFT UNTER DRUCK



**LOBBY
CONTROL**

Initiative für Transparenz und Demokratie

Inhalt

Einleitung	3
1. Zivilgesellschaft unter Druck: Worum geht es?	4
Warum sind zivilgesellschaftliche Organisationen wichtig für die Demokratie?	4
Warum gibt es Kampagnen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen und in welchem politischen Kontext finden diese statt?	5
Welche Angriffe auf Nichtregierungsorganisationen gibt es in Berlin und in Brüssel?	7
Was hat es mit der Diffamierung von zivil- gesellschaftlichen Organisationen in Brüssel auf sich?	9
2. Was und wer steckt hinter den Angriffen auf die Zivilgesellschaft?	13
Welche Interessen und Akteure stecken hinter den Diffamierungskampagnen?	13
Wer verbreitet die Kampagnen in der Öffentlichkeit?	14
Wer befeuert die Kampagnen in der Politik?	16
Welche Strategien und Narrative stecken dahinter?	17
3. Instrumente, Regeln und Rechte: Welche gibt es, was wird angegriffen, was braucht es?	19
Welche Rechte und Instrumente werden angegriffen?	19
Warum ist es wichtig, zivilgesellschaftliche Organisationen zu fördern?	20
Beispiele für Wirtschaftsverbände, die 2024 Zuschüsse aus der öffentlichen Hand bekamen	21
Welche Transparenzregeln gibt es für NGOs und andere Akteure, die auf die Politik Einfluss nehmen?	22
4. Welche Auswirkungen haben die Diffamierungs- kampagnen gegen zivilgesellschaftliche Akteure bereits?	23
5. Handlungsempfehlungen	24
Zum Weiterlesen	26

Impressum

**LobbyControl –
Initiative für Transparenz und Demokratie e.V.**
Am Justizzentrum 7
50939 Köln
Tel: 0221 – 99 57 15-0
Fax: 0221 – 99 57 15-10
kontakt@lobbycontrol.de
www.lobbycontrol.de

Autorinnen:
Dr. Christina Deckwirth
Nina Katzemich

Redaktion:
Kathrin Anhold
Fidélité Niwenshuti

Lektorat:
Rheinlektorat

Grafik und Layout:
blickpunkt x, Köln

Fotos:
Campact (Titel), Christian Mang (1), Frank Petersen
(6), LobbyControl (7), European Union (7), Lode
Saidane/LobbyControl (11), Superbass/CC BY-SA 4.0
(15), IMAGO/Eduard Bopp (15), Michael Lucan/CC BY-
SA 3.0 DE (16), Steffen Pröbldorf/CC BY-SA 4.0 (16),
Superbass/CC BY-SA 4.0 (20), Olaf Selchow (20)

18. September 2025
2. Auflage: Oktober 2025

EINLEITUNG



Protest beim CDU-Parteitag gegen den Einfluss der Wirtschaftslobby auf die Partei

Zivilgesellschaftliche Akteure sind ein wichtiger Bestandteil moderner Demokratien: Sie bündeln gesellschaftliche Interessen, schaffen Raum für Engagement und bilden ein Gegengewicht zu den Interessen finanzstarker Konzerne. Während unsere Demokratie von innen und außen angegriffen wird, stärken zahlreiche Vereine, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Initiativen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und stehen für demokratische Werte ein. Doch auch zivilgesellschaftliche Handlungsräume geraten zunehmend unter Druck.

Seit Monaten erleben zivilgesellschaftliche Organisationen in Berlin und Brüssel eine neue Welle der Diffamierung und Einschüchterung. Dahinter stehen politische Akteure aus dem Umfeld der AfD, die zunehmend Unionspolitiker*innen und ihr Umfeld vor sich hertreiben. Gegenwind kommt auch von finanzstarken Konzernen, die ihre gemeinwohlschädigenden Geschäftsinteressen wahren wollen. Die Diffamierungskampagnen kombinieren Strategien aus den Playbooks autoritärer Machthaber mit aggressiven PR-Strategien mächtiger Konzerne.

Die Strategien zur Schwächung der Zivilgesellschaft reichen von Diffamierung und Desinformation, über Infragestellen von Teilhabungs- und Klagerechten bis hin zu Versuchen, öffentliche Fördergelder zu streichen. Die Angriffe geschehen sowohl auf europäische Dachverbände über die europäische Ebene als auch direkt auf deutsche Initiativen und Verbände. Negative Auswirkungen sind bereits jetzt sichtbar: Vereine, die sich vormals für demokratische Werte eingesetzt haben, verstummen. Öffentliche Gelder stehen unter Vorbehalt. Zivilgesellschaftliche Instrumente und Rechte drohen eingeschränkt zu werden.

Dennoch erleben zivilgesellschaftliche Organisationen weiterhin großen Zuspruch: Viele Menschen engagieren sich, beteiligen sich an Aktionen zum Erhalt demokratischer Werte und unterstützen Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen. Allein für den Natur- und Umweltschutz setzen sich über 16 Millionen Menschen ehrenamtlich ein. Große Umweltverbände wie NABU, BUND oder Greenpeace haben jeweils deutlich mehr Mitglieder bzw. Förderer als die mitgliederstärksten Parteien CDU oder SPD.¹ Es braucht nun dringend ein klares Bekenntnis und entsprechendes Handeln, um dieses Engagement seitens der Politik anzuerkennen und gegen Angriffe zu schützen.

Diese Studie beleuchtet, warum es zivilgesellschaftliche Organisationen als Orte demokratischen Handelns und insbesondere auch als Gegengewicht zu mächtigen Konzerninteressen braucht. Sie zeigt auf, von wem und mit welchen Narrativen und Strategien zivilgesellschaftliche Organisationen auf EU-Ebene sowie auf deutscher Ebene angegriffen werden – und welche negativen Auswirkungen diese Diffamierungskampagnen bereits haben. Die Studie schließt mit Handlungsempfehlungen für politische Akteure.

¹ <https://de.statista.com/themen/11714/zivilgesellschaft-in-deutschland/#topic0overview>, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1339/umfrage/mitgliederzahlen-der-politischen-parteien-deutschlands/>

1.

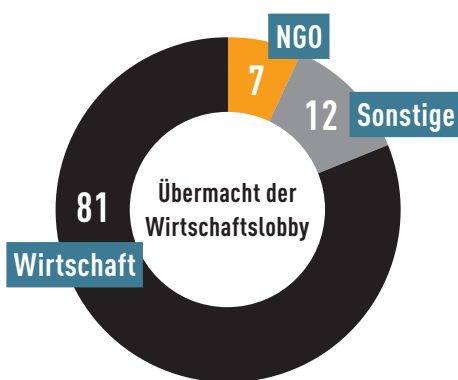
ZIVILGESELLSCHAFT UNTER DRUCK: WORUM GEHT ES?

Warum sind zivilgesellschaftliche Organisationen wichtig für die Demokratie?

Demokratie lebt von Engagement sowie vielfältiger und ausgewogener Beteiligung. Die Zivilgesellschaft organisiert sich unabhängig von Staat und Unternehmen. Zivilgesellschaftliche Organisationen bündeln ideelle Anliegen, hinter denen keine ökonomischen Interessen stehen. Neben Sport- und Schützenvereinen zählt dazu auch der Einsatz für stärker politische Themen wie Verbraucher-, Umwelt-, Gesundheits- und Klimaschutz sowie Menschenrechte und Gerechtigkeitsfragen.

Für diese Themen stehen insbesondere Initiativen, Vereine und Verbände, die häufig auch als Nicht-regierungsorganisationen oder auch Non-Governmental Organizations (NGOs) bezeichnet werden. Letztere zeichnen sich vor allem durch einen höheren Grad an Professionalisierung aus.²

Zivilgesellschaftliche Organisationen dienen auch dazu, als „Stakeholder“ vielfältige Anliegen von Bürger*innen in die Politik und die Öffentlichkeit zu tragen. Ebenso braucht es sie als Korrektiv und Gegengewicht zu finanzstarken Konzernen und Unternehmensverbänden. Damit nehmen sie eine zentrale Rolle in Demokratien ein.



Die allermeisten der großen Lobbyakteure in Berlin kommen aus der Wirtschaft

Schon jetzt sind die Kräfteverhältnisse in der politischen Interessenvertretung ungleich verteilt. Unternehmen und Wirtschaftsverbände sind in Berlin mit zahlreichen Lobbyvertretungen präsent, die dank großer Ressourcen erheblichen Einfluss nehmen können und so die wirtschaftlichen Interessen einzelner Unternehmen oder ganzer Branchen vertreten. Konzernlobbyist*innen verfügen durch ihre deutlich höheren finanziellen Mittel, privilegierten Zugänge und persönlichen Verflechtungen mit der Politik über weitaus mehr Möglichkeiten, politische Entscheidungen in ihrem Sinne zu beeinflussen als andere gesellschaftliche Gruppen. Das liegt auch daran, dass Lobbyarbeit für Unternehmen in der Regel einen direkten finanziellen Gewinn bedeutet.

Dazu einige Zahlen: In Berlin stammen von den 100 größten Lobbyakteuren 81 aus der Wirtschaft, also vier von fünf.³ Nur sieben Lobbyakteure sind NGOs im weiteren Sinne, darunter fallen auch so große

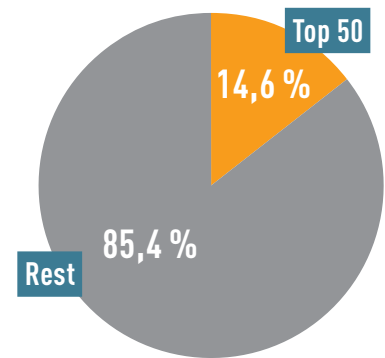
² https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/104718/ssoar-2025-hummel_et_al-Das_Anti-NGO%20Narrativ_Wie_versucht_wird.pdf?sequence=4&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2025-hummel_et_al-Das_Anti-NGO-Narrativ_Wie_versucht_wird.pdf

³ <https://www.lobbycontrol.de/aus-der-lobbywelt/7-zu-81-uebermacht-der-wirtschaftslobby-120045/>

Organisationen wie das Deutsche Rote Kreuz, der ADAC oder die Caritas. Die 20 größten Lobbyakteure aus der Wirtschaft investieren das 15-Fache dessen, was die 20 größten Umweltverbände für Lobbyarbeit ausgeben.

In Brüssel haben laut Lobbyregister 2023 die 50 größten Unternehmen und Wirtschaftsverbände fast 200 Millionen Euro für ihre Lobbyarbeit ausgegeben.⁴ Ein Heer von Unternehmenslobbyist*innen belagert die Sitze der Macht in Berlin und Brüssel – und ist bei jedem einzelnen Schritt der Rechtsetzung präsent.

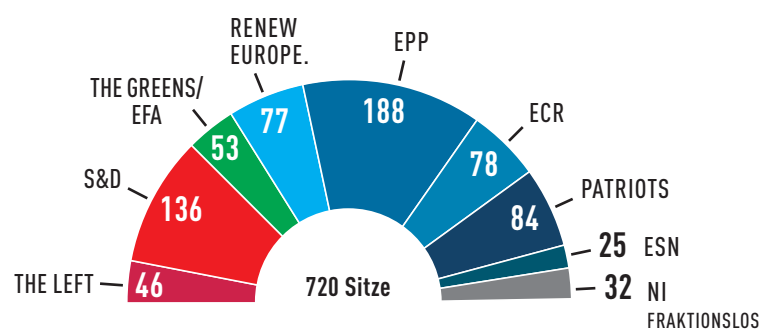
Die Aufgabe von Entscheidungsträger*innen ist es, unterschiedliche Interessen gegeneinander abzuwägen, einseitige Einflussnahmen abzuwehren und weniger finanzstarke Interessen aktiv einzubeziehen. Dafür braucht es auch zivilgesellschaftliche Akteure, die nicht-ökonomische Anliegen in der politischen Arena vertreten. Es ist im Sinne eines demokratischen Interessenausgleichs, die Vertretung solcher Anliegen durch Instrumente wie Klage- und Beteiligungsrechte, das Gemeinnützigkeitsrecht und öffentliche Fördermittel zu stärken.



Die 50 größten Unternehmen und Wirtschaftsverbände nach Lobbyausgaben im EU-Transparenzregister gaben in Brüssel 2023 zusammen 190 Mio. Euro für Lobbyarbeit aus. Das entspricht ca. 15 Prozent aller Lobbyausgaben.

Warum gibt es Kampagnen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen und in welchem politischen Kontext finden diese statt?

Trotz der hohen Bedeutung für die Demokratie stehen zivilgesellschaftliche Akteure weltweit und auch in Deutschland unter Druck. Laut einer Untersuchung des internationalen zivilgesellschaftlichen Dachverbands Civicus leben 72 Prozent der Weltbevölkerung in Ländern, in denen Machthaber die Zivilgesellschaft stark oder sogar komplett unterdrücken.⁵ Deswegen ist hier von einem schrumpfenden zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraum bzw. einem „shrinking civic space“ die Rede. In Deutschland bestehen demnach zwar noch viele zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume – doch sind diese auch hier schon aufgrund zunehmender Angriffe etwa in Form von Diffamierungskampagnen laut Civicus „beeinträchtigt“.



Die Mitte-Rechts-Parteien sind im Europaparlament in der Mehrheit

⁴ <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/methodenblatt-eu-lobby-report-2024.pdf>

⁵ <https://monitor.civicus.org/>

Sowohl in Brüssel als auch in Berlin finden diese Kampagnen gegen zivilgesellschaftliche Akteure vor dem Hintergrund noch relativ neuer politischer Mehrheitsverhältnisse statt. In Brüssel gibt es seit der Europawahl 2024 eine Mehrheit von Europäischer Volkspartei (EVP), also den europäischen Christdemokraten, und den drei rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen Fraktionen. Diese Mehrheit wird von der EVP entgegen ihrer Ankündigungen auch immer wieder genutzt. Autoritäre Tendenzen innerhalb der neuen Kräfteverhältnisse tragen zudem dazu bei, dass demokratische Werte an Bedeutung verlieren – etwa die Beteiligung der Zivilgesellschaft oder die Offenheit des Staats für Kritik.



Lobbyakteure mit viel Geld bekämpfen
Umwelt-, Klima- und Datenschutz

Und auch das europäische Projekt des Green Deal und weitere europäische Vorgaben stehen unter Druck. Schon in der Vergangenheit haben die extrem rechten Parteien die vergleichsweise weitreichenden Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen des Green Deal intensiv bekämpft und dabei die EVP vor sich hergetrieben.

Nun werden viele dieser Maßnahmen wieder zu Fall gebracht. In Brüssel werden in einer beispiellosen Deregulierungswelle unter großer Eile derzeit ganze Pakete zur angeblichen „Vereinfachung“ von Gesetzen geschnürt.⁶ Klimaschutz, Datenschutz, der Schutz vor giftigen Chemikalien und viele weitere Standards stehen dabei auf dem Spiel. Davon profitieren vor allem mächtige Konzerne, die klima- und umweltschädliche Geschäftsmodelle erhalten wollen. Ihr Einfluss wird in Brüssel gerade massiv gestärkt. Die Akteure hingegen, die Umwelt- und Klimaanliegen starkgemacht haben, werden diffamiert und die politische Beteiligung wird ihnen deutlich erschwert.⁷

Auch in Berlin stehen Konzerninteressen nun stärker als zuvor auf der politischen Agenda. Unter Schlagworten wie „Wettbewerbsfähigkeit“, „Bürokratieabbau“ oder „Wirtschaftswende“ werden diese von der Bundesregierung unter Kanzler Friedrich Merz unter dem Druck einer starken Konzernlobby vorangetrieben.⁸ Merz zeigte mit seiner Besetzung von wichtigen Funktionen zum Antritt der neuen Bundesregierung, dass er Personen mit Lobbyverbindungen Vorrang einräumt.⁹ Auch seine Einladung zu einem Wirtschaftsgipfel im Kanzleramt, zu dem er 61 Konzernchefs und eine Konzernchefin einlud, zeigte deutlich, wessen Interessen er Gehör schenkt.¹⁰

In diesem Zusammenhang erscheint es höchst fragwürdig, wenn zivilgesellschaftliche Organisationen als Teil der Diffamierungskampagne als vermeintlich „übermächtige Lobby“ dargestellt werden. Das lenkt davon ab, wer tatsächlich über wachsenden Einfluss auf die derzeitige Bundesregierung und EU-Kommission verfügt: Konzerne und ihre Lobbyverbände. Angriffe auf die Zivilgesellschaft, die mächtigen Konzernen und deren teils gemeinwohlschädigenden Geschäftsmodellen entgegentritt, dienen nur dazu, bestehende Machtstrukturen weiter zu festigen.

6 <https://www.lobbycontrol.de/lobbyismus-in-der-eu/weniger-regeln-mehr-einfluss-wie-europas-schutzstandards-unter-druck-geraten-121846/>

7 <https://www.clientearth.org/latest/press-office/press-releases/ngos-challenge-european-commission-s-undemocratic-omnibus-process/>

8 <https://www.lobbycontrol.de/aus-der-lobbywelt/sos-wirtschaft-wie-die-insm-mit-ihren-lobbybotschaften-den-wahlkampf-verzerren-119609/>

9 <https://www.lobbycontrol.de/aus-der-lobbywelt/lobbypersonal-interessenkonflikte-am-kabinetttisch-121313/>

10 <https://www.deutschlandfunk.de/groesste-investitionsoffensive-seit-jahrzehnten-oder-pr-show-100.html>

Diffamierungskampagnen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen sind nicht neu. Auffällig und wenig überraschend ist, dass Proteste und Organisationen häufig dann ins Visier ihrer Gegner geraten, wenn sie besonders laut und wirksam werden. So hatten die Proteste gegen das geplante Handelsabkommen TTIP großen Zulauf und hohe Aufmerksamkeit und trugen letztlich mit dazu bei, dass die Verhandlungen scheiterten. Zugleich wurden sie in ihrer Hochphase auch seitens der Unionsparteien diffamiert – sowohl in Brüssel als auch in Berlin.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hatte einen wesentlichen Anteil daran, den Dieselskandal in die Öffentlichkeit zu bringen, und setzte mithilfe von Klagen zahlreiche Fahrverbote durch. Sie erreichte damit hohe Aufmerksamkeit und Wirksamkeit, sah sich aber in der Folge ebenfalls scharfen Angriffen ausgesetzt.¹¹ Dass nun die Proteste gegen den Bruch der Brandmauer durch die CDU und die Arbeit von europäischen Umweltverbänden in den Fokus geraten, zeigt damit auch: Diese Proteste wurden offenbar von den Adressaten als bedrohlich wahrgenommen.



Viele Erfolge der Zivilgesellschaft sollen zurückgedreht werden

Welche Angriffe auf Nichtregierungsorganisationen gibt es in Berlin und in Brüssel?

Was passiert in Brüssel?

In Brüssel sind neben zahlreichen Wirtschaftslobbyverbänden auch zivilgesellschaftliche Organisationen aktiv, um sich in die politische Willensbildung rund um die EU-Institutionen einzubringen. Hier Proteste zu organisieren, ist schwieriger als auf deutscher Ebene, da eine europäische Öffentlichkeit noch immer nicht vergleichbar ist mit nationalstaatlichen Öffentlichkeiten. Für Organisationen mit geringen Budgets ist es außerdem sehr aufwändig, auf europäischer Ebene aktiv zu sein. Auch deswegen sind viele zivilgesellschaftliche Organisationen in europäischen Dachverbänden organisiert.

Seit Herbst 2024 sind vor allem Umweltverbände einer neuen Welle von Angriffen ausgesetzt. Im Fokus der Kritik stehen EU-Gelder, die an Umweltverbände vergeben werden. Diese nahm besonders eine deutsche CSU-Europaabgeordnete zum Anlass, um breit gegen europäische Organisationen der Zivilgesellschaft zu mobilisieren: Monika Hohlmeier, die Tochter des früheren bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß.¹²



Monika Hohlmeier (CSU) mobilisiert gegen die Zivilgesellschaft.

¹¹ <https://www.lobbycontrol.de/lobbyismus-und-klima/warum-die-stimmungsmache-gegen-die-umwelthilfe-fragwuerdig-ist-59781/>

¹² <https://www.lobbycontrol.de/lobbyismus-in-der-eu/konservative-kampagne-wie-christdemokraten-in-bruessel-die-zivilgesellschaft-schwaechen-119516/>

Unterstützt von Politiker*innen der rechtspopulistischen Parteien versucht sie seither, die europäische Zivilgesellschaft mit haltlosen Anschuldigungen unter Druck zu setzen.

Ihr Vorwurf lautet, dass die letzte EU-Kommission und insbesondere der sozialdemokratische EU-Klimakommissar Frans Timmermans angeblich Umweltverbänden Geld gegeben habe, um für Gesetzesinitiativen in seinem Sinne Lobbyarbeit zu betreiben. Dieses Narrativ ist haltlos, wird jedoch immer wieder neu vorgebracht.¹³ Hohlmeier und andere fordern, die Fördergelder zu überprüfen oder vorerst gar nicht ausbezahlen. Das hat bereits direkte Konsequenzen: In neuen Leitlinien legte die EU-Kommission fest, dass NGOs künftig keine direkte Lobbyarbeit mehr mit EU-Geldern finanzieren dürfen (vgl. ausführlich Kasten S. 9).¹⁴

Das ultrarechte Hetzportal NIUS und die Zeitung „Die Welt“ trugen und tragen weiter dazu bei, diese Desinformations- und Diffamierungskampagne zu verbreiten. So veröffentlichte „Die Welt“ im Juni 2024 einen Beitrag, in dem bereits bekannte Anschuldigungen als neue Enthüllungen dargestellt wurden. Es liegt nahe, dass es sich um eine koordinierte Kampagne handelte.¹⁵ Auffällig war zudem, dass der Artikel neben Falschaussagen die betroffenen Umweltverbände nicht zu Wort kommen ließ. Er erfuhr dennoch eine hohe mediale Aufmerksamkeit, die bis in seriöse Leitmedien wie Tagesschau und Lokalmedien reichte.

Inzwischen wurde im EU-Parlament sogar eine eigene Arbeitsgruppe zu dem Thema im Haushaltskontrollausschuss eingerichtet.¹⁶ Der Druck kam von den rechtspopulistischen Fraktionen, die ursprünglich sogar einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einsetzen wollten. Die konservative Fraktion, in der auch CDU/CSU Mitglied sind, nahm die Idee aber dankend auf und hat nun sogar den Vorsitz in der Gruppe. Sozialdemokraten, Liberale, Grüne und Linke stimmten gegen die Schaffung des neuen Gremiums.

Die politische Motivation von Hohlmeier und ihren Mitstreiter*innen zeigt sich deutlich daran, dass sie sich ausschließlich auf die Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen konzentrieren. Tatsächlich erhalten jedoch auch zahlreiche andere Akteure Gelder von der EU-Kommission, darunter Unternehmen und Wirtschaftsverbände. Zudem bleibt es beim Thema Korruptionsvorwürfe gegen Mitglieder des Parlaments auffallend still. Dabei gäbe es hier jede Menge zu untersuchen: seien das die Bestechungsvorwürfe gegen den ehemaligen EU-Abgeordneten der AfD Maximilian Krah,¹⁷ die Zweckentfremdung von EU-Geldern durch Marine Le Pen und ihre ultrarechte Partei Rassemblement Nationale oder der Korruptionsskandal rund um den Konzern Huawei,¹⁸ bei dem vor allem gegen konservative Abgeordnete und deren Mitarbeiter*innen ermittelt wird. Auch beim sogenannten Katargate-Skandal bemühen sich weiterhin allein die Gerichte um Aufmerksamkeit. Hier täte Aufklärungsarbeit durch das Parlament not.¹⁹

13 <https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-hohlmeier-baywa-klimaschutz-ngo-li.3229694>

14 <https://euobserver.com/green-economy/arb4fbde5e>

15 <https://www.lobbycontrol.de/pressemitteilung/irrefuehrende-berichterstattung-in-der-welt-lobbycontrol-legt-beschwerde-beim-presserat-ein-121787/>

16 <https://www.lobbycontrol.de/pressemitteilung/neue-eskalationsstufe-der-ngo-diffamierung-121709/>

17 <https://www.lobbycontrol.de/aus-der-lobbywelt/der-afd-russland-china-komplex-115749/>

18 <https://www.lobbycontrol.de/lobbyismus-in-der-eu/huawei-gate-neuer-korruptionsskandal-erschuettert-das-eu-parlament-120196/>

19 <https://www.lobbycontrol.de/lobbyismus-in-der-eu/katargate-oder-wie-man-den-kopf-aus-der-schlinge-zieht-113018/>

Was hat es mit der Diffamierung von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Brüssel auf sich?

Schon seit Jahrzehnten gibt es öffentliche Förderung von Umweltorganisationen in Brüssel – und zwar unabhängig von den politischen Mehrheiten in der EU und mit breiter Zustimmung aus dem EU-Parlament. Über das Umweltförderprogramm LIFE (L'Instrument Financier pour l'Environnement) finanzierte Organisationen stehen im Zentrum der Angriffe.²⁰ Dieses Programm stellt zwischen 2021 und 2027 Mittel in Höhe von 5,4 Milliarden Euro bereit, um Umwelt- und Klimaprojekte zu unterstützen – das Geld geht vor allem an Unternehmen, Verbände und Akteure der Zivilgesellschaft.

Im LIFE-Programm sind auch 15 Millionen Euro für eine projektunabhängige Förderung der Arbeit von Umweltorganisationen enthalten, sogenannte Betriebskostenzuschüsse. Davon finanzieren diese bisher Ausgaben für u. a. Verwaltung, Personal und teilweise auch Lobby- und Netzwerkarbeit. Das sind gerade einmal knapp acht Prozent der Lobbybudgets der größten 50 Wirtschaftsakteure, die zusammen 190 Millionen Euro für ihre Lobbyarbeit zur Verfügung haben. Und nur ein Teil der Betriebskostenzuschüsse für die NGOs fließt in deren Lobbyarbeit.²¹

Die Europäische Kommission begründet die Betriebskostenzuschüsse für Umweltorganisationen mit der Notwendigkeit eines offenen, umfassenden Dialogs mit allen Beteiligten bei der Entwicklung und Umsetzung der EU-Umwelt- und Klimapolitik. Wie auf den Seiten ihres Programms nachzulesen ist, sei es wichtig, dass gemeinwohlorientierte Organisationen an einem solchen Dialog teilnehmen können: „Ihre Anwesenheit ist wichtig, um einen fundierten demokratischen Beitrag zu leisten, auch um ein Gegengewicht zu den Interessen anderer Akteure in der EU-Arena zu schaffen.“²²



Das LIFE-Programm wird angegriffen.

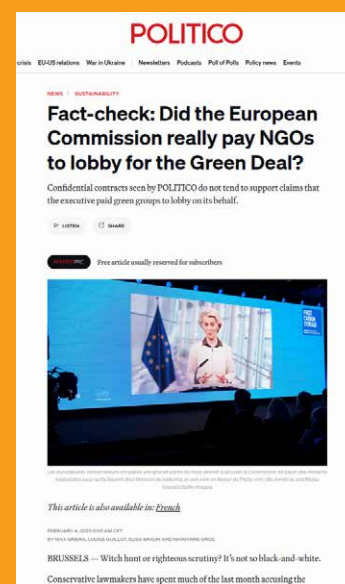
Diese Förderung gibt es seit vielen Jahren – und sie ist transparent. Doch darum machte die CSU-Politikerin Monika Hohlmeier offenbar gezielt so viel Wirbel, dass Medien daraus einen „NGO-Skandal“ machten. Weitere konservative, aber auch extrem rechte Politiker*innen griffen dies auf – und das ultrarechte Hetzportal NIUS und die Zeitung „Die Welt“ verbreiteten diese Erzählung weiter. Behauptet wird, die EU-Kommission habe mit Umweltorganisationen „Geheimverträge“ geschlossen. Das ist grob verzerrend. Außerdem behaupten sie, dass Umweltverbände Abgeordnete für mehr Klimaschutz bearbeiten sollten – und dafür im Gegenzug Fördergelder erhalten haben. Dieser Vorwurf ist falsch.

²⁰ https://ec.europa.eu/programmes/life/life-operating-grants_en#why-is-there-a-funding-programme-for-european-environmental-climate-and-energy-non-profit-organisations

²¹ Eigene Berechnungen auf Basis des EU-Transparenzregisters.

²² https://ec.europa.eu/programmes/life/life-operating-grants_en#why-is-there-a-funding-programme-for-european-environmental-climate-and-energy-non-profit-organisations

Die Liste der geförderten Projekte des LIFE-Programms ist öffentlich einsehbar.²³ Nicht öffentlich sind tatsächlich die genauen Arbeitsprogramme, die die geförderten Organisationen und Projekte vorgelegt haben – das gilt sowohl für Unternehmen als auch für NGOs. Die Arbeitsprogramme werden nicht bei den politischen Beamten vorgelegt, sondern bei der für die Vergabe zuständigen Agentur. Es ist auch bei anderer öffentlicher Förderung nicht üblich, dass solche Arbeitsprogramme öffentlich einsehbar sind, um interne Pläne und Strategien zu schützen. Außerdem enthalten die Arbeitsprogramme keineswegs eine Aufforderung zur Lobbyarbeit, wie es Hohlmeier und andere behaupten. Zunächst hatte das Magazin Politico, das Einblick in 28 der etwa 35 Verträge über Betriebskostenzuschüsse nehmen konnte, die Vorwürfe widerlegt.²⁴ Auch die Süddeutsche Zeitung und die ZEIT stellten die Vorwürfe richtig – ebenso wie betroffene Organisationen sowie die EU-Kommission.²⁵ Dennoch werden sie von Hohlmeier und anderen regelmäßig wiederholt – und von Zeitungen wie „Die Welt“ weiterverbreitet.



Seriöse Medien stellen die Vorwürfe gegen die Zivilgesellschaft richtig.

Welche Rolle spielt der Bericht des Europäischen Rechnungshofs über die Finanzierung von NGOs?

Monika Hohlmeier und andere Akteure der Diffamierungskampagnen beziehen sich immer wieder auf einen Bericht des Europäischen Rechnungshofs über die Finanzierung von NGOs, um ihre Kritik weiter zu untermauern.²⁶ Doch der Bericht bestätigt, dass die Finanzierung durch die Europäische Union im Rahmen eines transparenten und kontinuierlichen Dialogs mit Organisationen der Zivilgesellschaft rechtmäßig zur Förderung des öffentlichen Interesses eingesetzt werden kann, sprich auch für Lobbyarbeit genutzt werden darf. Außerdem fand der Rechnungshof keine Hinweise auf „unangemessene Lobbyaktivitäten“ durch NGOs.

²³ https://cinea.ec.europa.eu/document/download/c42bfe69-5c40-43e2-a55e-a8a96515566e_en-filename=LIFE%20operating%20grants_beneficiary%20organisations_2025.pdf

²⁴ <https://www.politico.eu/article/fact-check-european-commission-ngo-lobby-green-deal-activist/>

²⁵ <https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-hohlmeier-baywa-klimaschutz-ngo-li.3229694>, <https://www.zeit.de/wirtschaft/2025-06/geheimvertraege-eu-kommission-lobbyismus-ngo-klimapolitik>

²⁶ <https://www.facebook.com/mhohlmeier/posts/die-kritik-ist-überfällig-und-sie-bestätigt-was-ich-vor-einem-guten-jahr-anlässli/1187683599394089/>

Die EU nicht den Lobbyverbänden der Konzerne überlassen: LobbyControl-Aktion 2019.



Der Bericht kritisiert allerdings, dass die EU-Kommission Informationen über die Interessenvertretung von NGOs, die EU-Gelder bekommen, nicht klar offengelegt hat. Dafür gibt es bisher keine Offenlegungspflicht – weder für NGOs noch für andere Organisationen, die EU-Gelder bekommen. Wird Transparenz darüber eingeführt, sollte sie für alle geförderten Akteure gelten.

Auffällig ist, dass sich der Bericht ausschließlich der Finanzierung von NGOs widmet.²⁷ Verfasst wurde er von einer Mitarbeiterin des Europäischen Rechnungshofs, die zuvor für die konservative Europäische Volkspartei, der auch Hohlmeiers Partei CSU angehört, im Europäischen Parlament tätig war. Angesichts der aktuellen Stimmungsmache gegen die Zivilgesellschaft wirkt ein so einseitiger Bericht aus dem Europäischen Rechnungshof besonders unsensibel.

Der Bericht mahnt aber auch einige sehr sinnvolle Initiativen der EU-Institutionen an: etwa, endlich eine klare EU-weite Definition vorzunehmen, was eine NGO eigentlich charakterisiert. So ließen sich gemeinwohlorientierte Organisationen leichter von solchen unterscheiden, die zwar im EU-Transparenzregister als NGOs firmieren, tatsächlich aber Geschäftsinteressen vertreten.

Was hat der Katargate-Skandal mit der Forderung nach Transparenz von NGOs zu tun?

Die Behauptung, NGOs seien im EU-Transparenzregister weniger transparent als andere Organisationen, ist falsch. Doch Abgeordnete von der EVP und den rechten Fraktionen behaupten das immer wieder und beziehen sich dabei auf den Fall einer betrügerischen NGO. Im Zusammenhang mit dem Katargate-Bestechungsskandal hatte ein ehemaliger italienischer EU-Abgeordneter eine angebliche NGO namens „Fight Impunity“ gegründet.²⁸ Diese setzte sich vermeintlich für Menschenrechte ein, diente aber tatsächlich als Tarnorganisation, um Bestechungsgelder ins Parlament zu schleusen.

Die Fake-NGO „Fight Impunity“ hatte sich nicht im EU-Transparenzregister registriert, aber dennoch engsten Kontakt mit Abgeordneten gehabt. Hier konnte also das EU-Transparenzregister zu leicht umgangen werden. Das Problem sind nicht mangelnde Transparenzregeln für NGOs, sondern insgesamt zu schwache Lobby- und Transparenzregeln. Eine Fake-NGO sollte nicht als Vorwand dienen, um echte NGOs pauschal anzugreifen.

²⁷ <https://www.eca.europa.eu/en/publications?ref=SR-2025-11>

²⁸ <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/eu-lobbyreport-2024-lobbycontrol.pdf>

Wie sieht die Diffamierungskampagne auf deutscher Ebene aus?

Jenseits von Brüssel kursieren ebenfalls falsche und äußerst verzerrte Behauptungen über deutsche zivilgesellschaftliche Akteure – und drangen parallel zu den Vorgängen in Brüssel in den letzten Monaten immer mehr in politische und öffentliche Debatten ein. Auch hier steht die öffentliche Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen im Fokus. Schon im Sommer 2024 verbreitete das ultrarechte Hetzportal NIUS etwa die Falschinformation, dass die Organisation Campact staatliche Gelder bekäme.²⁹ Dabei finanziert sich Campact ausschließlich über Spenden und Mitgliedsbeiträge.



NIUS, die BILD und andere Medien mussten zur Verbreitung der Falschmeldungen mittlerweile zahlreiche gerichtliche Niederlagen hinnehmen und Falschaussagen korrigieren.³⁰ Dennoch tauchten ähnlich verleumderische Anschuldigungen während der „Brandmauer-Proteste“ erneut auf – und fanden auch über die BILD-Zeitung immer wieder Verbreitung.³¹

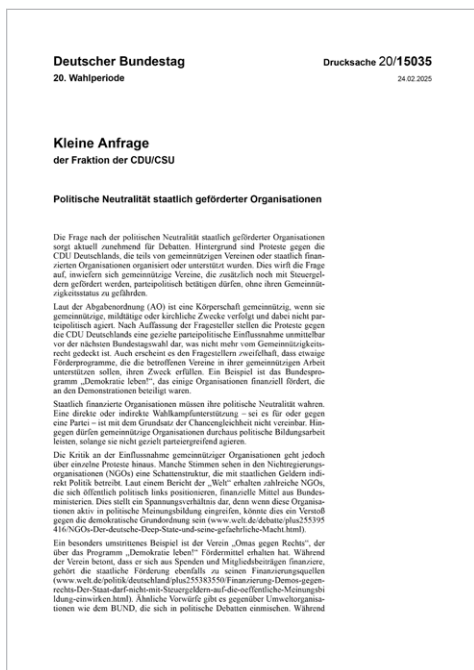
Kurz nach der Bundestagswahl im Februar 2025 überraschte die Unionsfraktion mit einer parlamentarischen Anfrage an die noch amtierende Ampelregierung: Mit 551 Einzelpunkten fragte sie nach öffentlichen Geldern für zivilgesellschaftliche Organisationen und Medienportale. Unter dem Vorwand einer angeblichen Neutralitätspflicht suggerierte die Anfrage zudem fälschlicherweise, dass Proteste gegen Rechtsextremismus generell nicht mit dem Status der Gemeinnützigkeit vereinbar seien (vgl. S. 19).

Die Anfrage zeigt kaum Erkenntnisinteresse – die meisten Fragen hätten sich durch eine einfache Suchmaschinenabfrage beantworten lassen. Stattdessen handelte es sich um Suggestivfragen zur Diffamierung und Einschüchterung. Entsprechend knapp fiel die Antwort der damals noch amtierenden Bundesregierung aus.³² Das Format solcher Anfragen hatte bereits die AfD geprägt und nutzt es auch weiterhin auf verschiedenen politischen Ebenen.

Union und AfD griffen die Themen, die die Anfrage gesetzt hatte, dennoch auf und drohen zivilgesellschaftlichen Organisationen mit der Streichung von Fördergeldern oder dem Entzug der Gemeinnützigkeit.³³ Die Einschränkung der Klagerechte von Umweltorganisationen hatte die CDU sich bereits ins Wahlprogramm geschrieben (vgl. S. 19).³⁴

551 Suggestivfragen der CDU/CSU-Fraktion gegen die Zivilgesellschaft

Parallel zu diesen Vorgängen veröffentlichte das ultrarechte Hetzportal NIUS immer wieder Sendungen und Posts über einen vermeintlichen mächtigen



29 https://www.campact.de/presse/mitteilung/20240816-pm-falschbehauptungen_von_nius/

30 <https://www.campact.de/campact-vor-gericht/>

31 https://www.campact.de/presse/mitteilung/20250209-pm-schmaehkampagne_bild/

32 <https://dserv.bundestag.de/btd/20/151/2015101.pdf>

33 <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-02/union-vorwurf-stimmungsmache-merz-drohung-streichung-foerdermittel>, <https://taz.de/CDU-saegt-am-Verbandsklagerecht/!6063888/>

34 <https://taz.de/CDU-saegt-am-Verbandsklagerecht/!6063888/>

„NGO-Komplex“ (vgl. S. 14f). Eine eigens von PR-Beratern aus dem Umfeld verschiedener Konzerne und Lobbyverbände gegründete Initiative versuchte, die Debatte ebenfalls zu befeuern (vgl. S. 13).

Unter massivem Druck stehen neben Umweltverbänden vor allem Organisationen, die sich gegen Rechtsextremismus und für die Demokratie engagieren – insbesondere solche, die aus dem öffentlichen Förderprogramm „Demokratie leben“ Geld erhalten. Vor Ort zeigt das bereits Wirkung: In Salzwedel und Bautzen lehnten Stadträte mit Stimmen von AfD und CDU entsprechende Fördergelder ab – in Salzwedel ausdrücklich mit Verweis auf die Vorstöße der CDU-Bundespartei zu dem Thema.³⁵

2.

WAS UND WER STECKT HINTER DEN ANGRIFFEN AUF DIE ZIVILGESELLSCHAFT?

Welche Interessen und Akteure stecken hinter den Diffamierungskampagnen?

Hinter den Kampagnen gegen die Zivilgesellschaft stehen zum einen **Geschäftsinteressen**. In Brüssel werden gezielt Umweltverbände angegriffen, die sich für eine starke Umsetzung des Green Deal einsetzen. Konzerne, die von Öl- und Gasgeschäften oder auch der Herstellung von Pestiziden profitieren, sehen ihre Geschäftsinteressen durch die Arbeit der Verbände gefährdet und versuchen offenbar, ihre Gegner zu schwächen.

Das zeigt sich auch daran, wer hinter der „Initiative transparente Demokratie“ (ITD) steht.³⁶ Diese Initiative wurde im Mai 2025 gegründet und polemisiert gegen eine vermeintliche Übermacht von „NGOs“ – insbesondere Umweltverbände und Initiativen gegen Rechtsextremismus sind von der Polemik betroffen. Die Initiative beklagt die angeblich intransparente Vergabe öffentlicher Gelder an NGOs und bedient damit die Diffamierungskampagnen, die seit 2024 sowohl in Deutschland als auch auf EU-Ebene laufen.

Zentrale Person hinter der Initiative ist Ludger Weiß, der aus der Biotech-Branche stammt und schon lange vor der Gründung der ITD gegen NGOs polemisierte. Auch andere Beteiligte weisen enge Verbindungen zur Chemie- und Lebensmittelindustrie auf. Unter den Gründungsmitgliedern sind etwa der Leiter Corporate Communications der Bayer AG sowie Thorsten Alsleben, Geschäftsführer der PR- und Lobbyorganisation INSM. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert, zu denen viele Unternehmen der Automobilbranche gehören.

35 <https://www.zeit.de/2025/18/salzwedel-demokratieprojekte-stadtrat-foerderung-sachsen/komplettansicht>, <https://www.saechsische.de/lokales/bautzen-lk/landkreis-bautzen-beendet-demokratieprogramm-des-bundes-demokratie-leben-C2UBQDNKW5AGLIL4VNRUTVWSYI.html>

36 https://lobbypedia.de/wiki/Initiative_Transparente_Demokratie

Monika Hohlmeier, die maßgeblich die Diffamierungskampagnen gegen NGOs auf Brüsseler Ebene vorantreibt, ist eng mit der Agrarindustrie verbunden: Sie hat eine bezahlte Nebentätigkeit beim bayerischen Agrarkonzern BayWa, der wiederum Mitglied im mächtigen Agrarlobbyverband Deutscher Bauernverband ist.³⁷ Auch für diesen engagiert sich Monika Hohlmeier immer wieder. Bäuerliche Initiativen kritisierten zuletzt auch gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Initiativen auf der jährlichen Großdemo „Wir haben es satt“ das Missmanagement der kriselnden BayWa³⁸ – und auch der Bauernverband steht immer wieder in der Kritik von Umweltverbänden.

Zum anderen stehen hinter den Kampagnen **politische und ideologische Interessen aus dem rechts-konservativen, libertären, neoliberalen bis hin zum rechtsextremen politischen Lager**. So richten sich die Angriffe gezielt gegen Organisationen aus dem progressiven Lager, die sich für Themen wie Umweltschutz, Geflüchtetenhilfe oder für demokratische Werte und gegen rechte Hetze einsetzen. Diese werden etwa von NIUS als „radikale Aktivisten“ diffamiert, ihre Anliegen als „linksradikal“ bezeichnet. Gleichzeitig wird ihnen unterstellt, insbesondere von Ministerien unter grüner Führung „staatlich gelenkt“ zu sein – also in deren Auftrag zu handeln.

Die aktuellen Kampagnen erinnern in vielen Aspekten an die Diffamierung der Zivilgesellschaft durch autoritäre Herrscher wie Viktor Orbán in Ungarn oder Wladimir Putin in Russland. Kampagnen gegen Nichtregierungsorganisationen sind typisch für Autokratien und rechtspopulistische Regierungen wie die von Donald Trump. Zum autoritären Playbook gehört es, Regierungskritiker*innen zu schwächen und Beteiligungsrechte einzuschränken – mit dem Ziel, staatliche Macht zu sichern und kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen.

Die WELT bezeichnete Nichtregierungsorganisationen als angeblichen „deep state“ oder „Schattenstaat“.³⁹ Der Begriff „deep state“ unterstellt, staatliche Strukturen würden von geheimen oder intransparenten Machtstrukturen durchsetzt. Er entstammt einer Verschwörungserzählung aus dem Umfeld der extrem rechten QAnon-Bewegung, die das Trump-Umfeld und die sogenannte MAGA-Bewegung maßgeblich geprägt hat.⁴⁰ In ihrer parlamentarischen Anfrage mit den 551 Fragen griff die Union diesen Artikel und sein Framing auf.

Wer verbreitet die Kampagnen in der Öffentlichkeit?

Zentraler Akteur bei der Verbreitung der Diffamierungskampagne ist **das ultrarechte Portal NIUS** um den früheren BILD-Chefredakteur Julian Reichelt. NIUS-Geldgeber Gotthardt ist ein Unternehmer, der als Parteispender und über Funktionen im CDU-nahen Lobbyverband „Wirtschaftsrat der CDU“ enge Verbindungen in die Politik hinein pflegt – u. a. zu Bundestagspräsidentin Julia Klöckner.⁴¹ Neben AfD-Vertreter*innen treten zunehmend auch CDU/CSU-Spitzenvertreter*innen bei NIUS

37 https://lobbypedia.de/wiki/Monika_Hohlmeier. Das Unternehmen BayWa, in dessen Aufsichtsrat Hohlmeier sitzt, erhält selbst 6,5 Millionen Euro aus dem von ihr kritisierten Programm – viel mehr als eine einzelne Umweltorganisation an Budgetkostenzuschüssen aus demselben Topf erhalten darf.

38 <https://www.wir-haben-es-satt.de/trecker/aufruf>

39 <https://www.welt.de/debatte/plus255395416/NGOs-Der-deutsche-Deep-State-und-seine-gefaehrliche-Macht.html>

40 <https://edition.cnn.com/2020/02/14/politics/andrew-mccabe-donald-trump-department-of-justice/index.html>

41 <https://www.lobbycontrol.de/aus-der-lobbywelt/zu-grosse-naehe-julia-kloekner-und-der-mann-hinter-nius-122188/>

auf und verschaffen dem Medium damit zusätzliche Reichweite sowie eine gewisse Legitimation.

NIUS propagiert den Begriff „NGO-Komplex“ und entwirft das Feindbild eines angeblich mächtigen Geflechts einflussreicher und elitärer Organisationen, die das „ehrliche Volk“ schwächen wollen. Passend dazu bewirbt NIUS das gleichnamige Buch seines Redakteurs Björn Harms und hat eigens einen Film dazu produziert.

Auch in Kampagnen, die sich nicht explizit gegen zivilgesellschaftliche Organisationen richten, verwendete NIUS den Begriff. So unterstellte NIUS in seiner Kampagne gegen die Richterin Frauke Brosius-Gersdorf, auch sie werde von einem „NGO-Komplex“ unterstützt – ohne offenzulegen, welche Organisationen damit gemeint sein sollen. Eine Studie der Maecenata Stiftung analysiert das „Anti-NGO-Narrativ“ von NIUS und zeigt detailliert, wie das Portal mit Pauschalisierungen, Auslassungen und Unterstellungen arbeitet.⁴²

Auffällig ist, dass rechtskonservative **Medien** wie **WELT**, **Cicero** oder die **Neue Zürcher Zeitung** den Kampagnen von NIUS häufig zusätzliche Reichweite verschaffen und so ultrarechte Inhalte in eine rechtskonservative Leserschaft tragen. Anders als NIUS gelten sie meist als „Qualitätsmedien“ und wirken dadurch als Bindeglied, das NIUS-Positionen seriöser erscheinen lässt und ihnen Zugang zu breiteren Kreisen verschafft. Dabei stützen sie sich auf gemeinsame Stichwortgeber wie den rechtskonservativen Anwalt Joachim Steinhöfel oder den Staatsrechtler Franz-Josef Lindner. Auch die **BILD-Zeitung** verstärkt mit ihrer großen Reichweite das Feindbild angeblich übermächtiger NGOs.

Zuweilen gelangen Falschaussagen über NGOs auch in seriöse Leitmedien: Die Tagesschau griff eine von der WELT lancierte Meldung über den angeblichen NGO-Skandal in Brüssel auf. Sie ergänzte im Tagesverlauf ihre Berichterstattung zwar durch weitere Statements – doch gelangte die Falschmeldung in zahlreiche weitere seriöse Leitmedien und Lokalzeitungen. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und die Initiative Klima vor acht haben sich diese Berichterstattung beim Rundfunkrat des NDR beschwert.⁴³ LobbyControl hat eine Beschwerde beim Presserat wegen Falschaussagen in der WELT eingereicht.⁴⁴



Ex-Bild-Chef Julian Reichelt greift NGOs über das ultrarechte Hetzportal NIUS an.



Unternehmer Frank Gotthardt ist Milliardär und finanziert NIUS.

⁴² <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-104718-8>

⁴³ <https://www.bund.net/themen/aktuelles/detail-aktuelles/news/bund-reicht-programmbeschwerde-beim-ndr-ein/>, <https://klimavoracht.de/programmbeschwerde-ndr-eu-umweltaktivisten/>

⁴⁴ <https://www.lobbycontrol.de/pressemitteilung/irrefuehrende-berichterstattung-in-der-welt-lobbycontrol-legt-beschwerde-beim-presse-rat-ein-121787/>

Wer befeuert die Kampagnen in der Politik?

Auch in der Politik gibt es einige prominente Akteure, die die NGO-Debatte befeuern. Eine zentrale Rolle spielt dabei die **AfD**: Die Partei geht immer wieder und offenbar durchaus systematisch gegen zivilgesellschaftliche Akteure vor – vor allem gegen solche, die sich klar gegen Rechtsextremismus und auch entsprechende Aussagen in der AfD positionieren.



Friedrich Merz (CDU) und Markus Söder (CSU) attackieren die Zivilgesellschaft

Bereits in ihrem Bundestagswahlprogramm 2021 forderte die AfD, ein angebliches „Profitgeschäft“ von NGOs und Wohlfahrtsverbänden zu beenden. Sie nutzt dazu das parlamentarische Fragerecht regelmäßig zur Einschüchterung der Zivilgesellschaft: Innerhalb von nur drei Monaten stellte sie 42 Anfragen zu NGOs in Parlamenten auf kommunaler, Landes- und Bundesebene.⁴⁵ Zudem drohte sie Vereinen wie dem Brandenburger Landesjugendring mit dem Entzug der Gemeinnützigkeit.⁴⁶ Auch in diesem Bereich verschiebt die AfD systematisch den Raum des Sagbaren nach rechts.

Die **Unionsparteien CDU und CSU** stehen in der Verantwortung, nicht Teil dieser AfD-Strategie zu werden und sich nicht zum Werkzeug dieser Kampagnen machen zu lassen. Doch danach sieht es derzeit nicht aus. Politiker*innen aus den Unionsfraktionen, rechtsextremen Fraktionen sowie zum Teil auch aus der FDP beteiligen sich rege an den Angriffen – und zwar sowohl in Brüssel als auch in Berlin. Besonders aktiv ist die CSU-Europa-Abgeordnete **Monika Hohlmeier** (vgl. S. 7ff).

In der Bundes- und Landespolitik fallen Akteure wie **Friedrich Merz und Markus Söder** auf. Merz zeichnete schon im thüringischen Landeswahlkampf im Sommer 2024 das Bild der angeblich allzu mächtigen Umweltverbände und forderte, deren Klagerecht einzuschränken.⁴⁷ Er verteidigte die 551 Fragen aus der parlamentarischen Anfrage der Unionsfraktion zu NGOs und diffamierte zum Wahlkampfabschluss die Teilnehmenden der Proteste gegen den Bruch der Brandmauer als „Spinner“, die „nicht mehr alle Tassen im Schrank“ hätten.⁴⁸

Der CSU-Chef und bayerische Ministerpräsident Markus Söder attackierte NGOs ebenfalls als eine angeblich „heimliche Macht“.⁴⁹ Er ging sogar so weit, NIUS ein Interview zu geben, in dem er NGOs weiter diskreditierte. Unionsfraktionsvize Matthias Middelberg drohte vor der Bundestagswahl, Vereinen die Förderung durch das aus dem Förderprogramm „Demokratie leben“ zu entziehen, sollten sie sich an den Protesten gegen den Bruch der Brandmauer durch die CDU/CSU beteiligen.⁵⁰ Auch Familienministerin Karin Prien hat die Angriffe aus dem Umfeld von AfD, NIUS und Welt aufgegriffen: Sie kündigte an, Organisationen, die über das Programm „Demokratie leben“ gefördert werden, mit einer

45 <https://table.media/bildung/thema-des-tages/demokratiefoerderung-wie-die-afd-das-programm-demokratie-leben-lahmlegen-will>

46 <https://www.deutschlandfunk.de/gemeinnuetzige-vereine-politisch-afd-anzeige-100.html>

47 <https://x.com/lobbycontrol/status/1828047557194322309>

48 <https://www.stern.de/politik/deutschland/friedrich-merz-verteidigt-die-551-fragen-der-union-zu-ngos-35508660.html>

49 <https://www.youtube.com/watch?v=SiellkneX6RI>

50 <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-02/union-vorwurf-stimmungsmache-merz-drohung-streichung-foerdermittel>

„breit angelegten Verfassungsschutzprüfung“ zu überziehen.⁵¹ Aus der **FDP** gab es ebenfalls Anfragen zur Finanzierung von NGOs, z.B. in Nordrhein-Westfalen.⁵²

Welche Strategien und Narrative stecken dahinter?

Um die Strategien hinter den Angriffen zu verstehen, hilft zunächst ein Blick in die **Playbooks autoritärer Regime**. Neben Angriffen auf unabhängige rechtsstaatliche Institutionen und kritische Journalist*innen geraten vor allem zivilgesellschaftliche Organisationen in autoritären Regimen unter Druck. Das gilt insbesondere für politisch tätige Organisationen, die sich autoritären Interessen und Ideologien entgegenstellen. In Staaten wie Russland oder Ungarn erleben zivilgesellschaftliche Akteure schon lange Repressionen: Ihre Handlungsspielräume sind bereits stark eingeschränkt.⁵³

Autoritäre Regime folgen dabei jeweils einem ähnlichen Drehbuch: Zunächst diffamieren sie Organisationen, dann schikanieren sie sie mit Durchsuchungen oder Drohungen und entziehen ihnen schließlich ihre finanziellen Mittel. Einzelne Akteure werden unter Vorwänden juristisch verfolgt oder gar inhaftiert. Zumindest der erste Schritt dieses Drehbuchs ist inzwischen auch in Deutschland Realität.

Unternehmen und ihre Verbände setzen auf **PR-Strategien**, um Akteuren zu begegnen, die sich ihren Geschäftsinteressen entgegenstellen. Ein solches „Stakeholder-Management“ oder auch Management von Protest kann über die Strategie der Einbindung erfolgen – etwa durch Dialogprozesse. Konfrontativere PR-Strategien dagegen setzen darauf, ihre Gegner in der öffentlichen Wahrnehmung gezielt zu schwächen und vermeintliche Bürgerinitiativen zu inszenieren, um eigene Anliegen zu stärken.⁵⁴ Dafür steht zum Beispiel die US-amerikanische PR-Firma Edelman, die im Auftrag fossiler Unternehmen und Lobbygruppen vermeintliche Bürgerinitiativen wie etwa „Energy Citizens“ aufbaute.⁵⁵ Einer der Mitgründer der Initiative Transparente Demokratie hatte vor seinem Job als Leiter Konzernkommunikation bei Bayer bei Edelman gearbeitet.⁵⁶

Folgenden Strategien und Narrativen sehen sich zivilgesellschaftliche Akteure auf EU-Ebene und in Deutschland zunehmend ausgesetzt:

- ➔ **Desinformation:** Die gezielte Verbreitung von Falschinformationen dient dazu, gegnerische Akteure in ein schlechtes Licht zu rücken. Selbst wenn die entsprechenden Nachrichten im Nachhinein richtiggestellt werden, verbreiten sie sich weiter und säen Zweifel. Bei den aktuellen Anti-NGO-Kampagnen kursierten etwa falsche Behauptungen über eine angebliche staatliche Finanzierung von Campact oder vermeintliche Lobbyaufträge der EU-Kommission an europäische NGOs.

51 <https://netzpolitik.org/2025/zivilgesellschaft-familienministerin-will-demokratieprojekte-mit-verfassungsschutz-durchleuchten/#netzpolitik-pw>

52 <https://fdp.fraktion.nrw/initiative/schluss-mit-der-blackbox-der-sogenannten-ngo-finanzierung-transparenz-und-klare-regeln>

53 <https://www.brot-fuer-die-welt.de/themen/atlas-der-zivilgesellschaft/>

54 <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Konzernprotest-Broschuere-WEB.pdf>

55 <https://www.sourcewatch.org/index.php?title=Edelman>, <https://www.theguardian.com/business/2023/jan/15/edelman-pr-firm-davos-trust>

56 <https://www.linkedin.com/in/christian-maertin-02a70a8b/>

INITIATIVE TRANSPARENTE DEMOKRATIE

Klarer Fall von Astroturfing: Die ITD wurde von PR-Beratern gegründet und lehnt sich bewusst an die Zivilgesellschaft an



Initiative für Transparenz und Demokratie

- **Diskreditierung/Diffamierung/Delegitimierung:** Durch verzerrende Zuspitzungen und abwertendes Framing wird der Ruf zivilgesellschaftlicher Organisationen beschädigt und ihre Legitimität in Zweifel gezogen. Neben Falschmeldungen kommen Begriffe wie „linksradikal“, „staatlich gesteuert“ oder „deep state“ zum Einsatz. Solche Kampagnen verursachen nicht nur Imageschäden, sondern binden auch Kräfte, die den Organisationen für ihre eigentliche Arbeit fehlen.
- **Einschüchterung durch Anfragen, Anzeigen und Klagen:** Parlamentarische Anfragen oder Anzeigen beim Finanzamt dienen dazu, zivilgesellschaftliche Organisationen einzuschüchtern. Hinzu kommen rechtsmissbräuchliche Klagen mit hohen Streitwerten und teuren Anwaltskanzleien, die sich gezielt gegen NGOs und Journalist*innen richten (sogenannte „strategic lawsuits against public participation“, SLAPP).⁵⁷ Gerade für kleinere Organisationen sind solche Verfahren zeitaufwändig und existenzgefährdend. Während Anfragen oder Anzeigen beim Finanzamt vor allem von politischen Akteuren ausgehen, sind SLAPP-Klagen ein typisches Instrument von Unternehmen.⁵⁸
- **Entzug öffentlicher oder anderer Gelder („defunding“):** Defunding zielt darauf ab, gegnerischen Akteuren ihre Finanzierung zu entziehen. Im Falle von NGOs etwa durch Zweifel an der Rechtmäßigkeit öffentlicher Förderung oder durch das Infragestellen der Gemeinnützigkeit, die auch steuerliche Vorteile umfasst.
- **Schwächung zivilgesellschaftlicher Instrumente:** Um sich aktiv an der demokratischen Willensbildung beteiligen zu können, stehen zivilgesellschaftlichen Organisationen bestimmte Instrumente zur Verfügung. Dazu zählen Beteiligungs-, Klage- und Auskunftsrechte sowie das Gemeinnützigkeitsrecht. Diese Rechte werden immer wieder infrage gestellt (vgl. S. 19).
- **Einfordern von „Neutralität“:** Zivilgesellschaft hat die Aufgabe, gesellschaftliche Interessen zu bündeln, zu verteidigen und zu artikulieren – und darf und muss dabei auch entsprechend Haltung zeigen. Dennoch wird NGOs teilweise vorgeworfen, nicht ausreichend neutral zu agieren und damit illegitim „Partei zu ergreifen“. So wird der Begriff „Neutralität“ zum Kampfbegriff, um demokratisches Engagement einzuschränken – insbesondere bei Organisationen, die staatliche Gelder erhalten oder als gemeinnützig anerkannt sind.⁵⁹ Ein Neutralitätsgebot gilt rechtlich nur für staatliche Akteure, nicht jedoch für zivilgesellschaftliche Organisationen.
- **Astroturfing:** Diese Methode lässt PR- oder Lobbyakteure wie Bürgerinitiativen bzw. Graswurzel-Proteste erscheinen.⁶⁰ Dafür steht die u.a. von PR-Beratern gegründete „Initiative Transparente Demokratie“ (vgl. S. 13f).⁶¹ Ähnlich wurde die Initiative Free Speech Aid von Akteuren aus dem AfD-Umfeld und rechts-libertären Vordenkern als Gegenspieler zur Initiative Hate Aid ins Leben gerufen, die sich gegen Hass im Netz einsetzt.⁶² Dabei entsteht ein Zerrbild derjenigen, die diffamiert werden sollen und sie schaffen als „Doppelgänger“ Verwirrung.

57 <https://www.deutschlandfunk.de/gemeinnuetzige-vereine-politisch-afd-anzeige-100.html>, <https://www.otto-brenner-stiftung.de/ein-schuechterung-ist-das-ziel/>

58 <https://www.the-case.eu/wp-content/uploads/2023/08/20230703-CASE-UPDATE-REPORT-2023-1.pdf>

59 <https://www.belltower.news/neutralitaetsgebot-politische-neutralitaet-als-kampfbegriff-161061/>

60 <https://lobbypedia.de/wiki/Astroturfing>

61 https://lobbypedia.de/wiki/Initiative_Transparente_Demokratie

62 <https://blog.campact.de/2025/08/free-speech-aid-don-alphonsos-meinungsfreiheit/>

3.

INSTRUMENTE, REGELN UND RECHTE: WELCHE GIBT ES, WAS WIRD ANGEGRIFFEN, WAS BRAUCHT ES?

Welche Rechte und Instrumente werden angegriffen?

Im Fokus der Diffamierungskampagnen steht die **Vergabe öffentlicher Gelder**, die einige zivilgesellschaftliche Organisationen in Berlin und Brüssel erhalten. Diese Gelder sollen eine bessere Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen ermöglichen (vgl. S. 20).

Auch der **Angriff auf die Gemeinnützigkeit** von Nichtregierungsorganisationen ist Teil der Strategie, ihre Finanzierung zu schwächen. Die steuerliche Gemeinnützigkeit dient auch als Ausgleich dafür, dass Wirtschaftsverbände ihre Lobbyausgaben als Betriebskosten von der Steuer absetzen können. Organisationen mit Gemeinnützigkeitsstatus können Spendenquittungen für ihre Spender*innen ausstellen und ihnen somit finanzielle Anreize zum Spenden bieten.

Wird dieser Status entzogen, drohen nicht nur geringere Einnahmen, sondern unter Umständen auch Steuerrückzahlungen. Die Androhung des Entzugs ist auch ein Mittel der politischen Einschüchterung. Zwar begrenzt das Gemeinnützigkeitsrecht das Maß politischer Einmischung, es schreibt jedoch keineswegs – wie oft fälschlicherweise behauptet – politische Neutralität vor.⁶³ Eine gewisse rechtliche Unklarheit führt dazu, dass Organisationen sich selbst zurückhalten – aus Sorge vor Einschränkungen ihrer Arbeit. Deshalb fordern zivilgesellschaftliche Organisationen und Vereine schon seit vielen Jahren mehr Rechtssicherheit für demokratisches Engagement.⁶⁴

Ins Visier geraten auch rechtliche Instrumente der Zivilgesellschaft – vor allem **Beteiligungs- und Verbandsklagerechte**.⁶⁵ Letztere ermöglichen Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen, Interessen zu vertreten, die sonst im Rechtssystem ungehört blieben. So können sie nicht nur in eigener Sache klagen, sondern beispielsweise auch Sammelklagen für betrogene Verbraucher*innen führen – erstmals geschehen im Zuge des Dieselskandals. Für Umweltverbände sind diese Rechte zudem durch die Aarhus-Konvention völker- und EU-rechtlich abgesichert.

⁶³ <https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/das-problem/>

⁶⁴ https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/wp-content/uploads/2024/06/2024-06-18_gemeinnuetzigkeit_108-lokale-vereine-an-bundeskanzler-scholz.pdf

⁶⁵ <https://www.greenlegal.eu/umweltrechte/>

Während der Koalitionsverhandlungen im Frühjahr 2025 wurden erstmals auch **Auskunftsrechte** infrage gestellt.⁶⁶ Hier tat sich allen voran der CDU-Politiker Philipp Amthor hervor, der während Koalitionsverhandlungen die „AG Bürokratieabbau“ leitete und in der neuen schwarz-roten Bundesregierung zum Staatssekretär im Ministerium für Digitales ernannt wurde. Auskunftsrechte nach dem Informationsfreiheits- oder Umweltinformationsgesetz stehen allen offen, werden jedoch besonders von investigativen Journalist*innen und zivilgesellschaftlichen Akteuren genutzt. Sie ermöglichen Einblicke in staatliches Handeln und dienen so der demokratischen Kontrolle.



Philipp Amthor (CDU) machte sich für die Einschränkung der Informationsfreiheit stark

Ob eine Organisation als gemeinnützig gilt oder Beteiligungs- und Klagebefugnisse hat, ist gesetzlich geregelt – nach klaren Kriterien. Eine politische „Gesinnungsprüfung“ durch Parteien oder die Regierung, wie sie im Rahmen von Diffamierungskampagnen gefordert wird, gehört nicht dazu. Über die Gemeinnützigkeit entscheiden Finanzämter und im Streitfall Gerichte, nicht die Politik. Es widerspricht dem Grundsatz der Gewaltenteilung, wenn Politiker*innen sich in dieses Verfahren einmischen wollen.

Warum ist es wichtig, zivilgesellschaftliche Organisationen zu fördern?



Wirtschaft, Gesellschaft und Politik anders denken: Diese Frauen aus der Zivilgesellschaft stehen stellvertretend für viele mehr.

Um die Meinungsvielfalt in der Demokratie zu fördern, unterstützen die Bundesregierung und die EU-Institutionen einige zivilgesellschaftliche Organisationen auch finanziell. In Deutschland gehören dazu die Verbändeförderung für Umwelt- und Naturschutzverbände sowie das „Demokratie leben“-Programm des Bundesfamilienministeriums.⁶⁷ In der EU gibt es zahlreiche Förderprogramme – diskutiert wurde in den vergangenen Monaten vor allem das Umweltförderprogramm LIFE (vgl. S. 9).⁶⁸

Umweltorganisationen soll durch Förderprogramme ermöglicht werden, an allen Stakeholder-Dialogen zu Klima- und Umweltmaßnahmen teilzunehmen – auch um die Interessen anderer Akteure auszubalancieren. Diese Gelder sind transparent und an klare Bedingungen geknüpft. Sie werden zumeist für projektbezogene Maßnahmen verwendet, auf die sich die Organisationen beworben haben. Betriebskostenzuschüsse im Rahmen des LIFE-Programms erfolgen über öffentliche Ausschreibungen mit festgelegten Kriterien. Die Auswahl erfolgt nicht über die Kommission selbst. Die Zuwendungen werden von unabhängiger Stelle regelmäßig geprüft und auditiert, um Veruntreuung zu verhindern.

⁶⁶ <https://blog.campact.de/2025/04/erfolg-angriff-auf-das-informationsfreiheitsgesetz-abgewehrt/>

⁶⁷ <https://www.bundesumweltministerium.de/programm/verbaendefoerderung>, <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/engagement-und-gesellschaft/bundesprogramm-demokratie-leben--73948>

⁶⁸ https://cinea.ec.europa.eu/programmes/life/life-operating-grants_en#why-is-there-a-funding-programme-for-european-environmental-climate-and-energy-non-profit-organisations

Die staatlichen Fördergelder machen in der Summe nicht den Großteil aller Mittel zivilgesellschaftlicher Organisationen aus. Zivilgesellschaftliche Organisationen finanzieren sich laut der Maecenata Stiftung im Durchschnitt nur zu 11 Prozent aus öffentlichen Mitteln.⁶⁹ Zudem variiert die Finanzierung von Organisation zu Organisation: Manche Verbände bekommen hohe staatliche Unterstützung, viele aber auch gar keine. Üblich sind auch eine reine Spenden- und Mitgliederfinanzierung oder die Finanzierung durch private Geldgeber wie Stiftungen. Übrigens: LobbyControl finanziert sich ohne staatliche Mittel oder Geld von Unternehmen.⁷⁰

Ohne finanzielle Förderung können viele Verbände und Organisationen ihre Aufgabe, ideelle Anliegen zu vertreten, kaum erfüllen. Die Mitarbeit in Expertenkommissionen zum Beispiel ist personalintensiv und kostspielig – insbesondere bei Reisen nach Berlin oder Brüssel. Um eine ausgewogene Beteiligung an politischen Prozessen sicherzustellen, braucht die im Vergleich deutlich schwächer ausgestattete Zivilgesellschaft daher finanzielle Unterstützung.

Was von Kritiker*innen der Förderprogramme für NGOs häufig unerwähnt bleibt: Auch Wirtschaftsverbände bekommen Gelder von der Bundesregierung – zum Beispiel der Deutsche Bauernverband, der Verband der Automobilindustrie oder der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes. Und: Wenn wirtschaftliche Akteure über Lobby- oder Kampagnenarbeit für ihre Interessen werben, generieren sie damit in aller Regel Gewinne. Sie profitieren zudem davon, dass sie ihre Lobbyausgaben als Betriebsausgaben von der Steuer absetzen können. Das ist bei zivilgesellschaftlichen Verbänden nicht der Fall. Sie können ihre öffentliche Aufmerksamkeit bei erfolgreicher Kampagnen- oder Lobbyarbeit zwar nutzen, um Spenden und Mitglieder unter ihren Unterstützer*innen zu werben, aber keine direkten Gewinne einfahren.

Beispiele für Wirtschaftsverbände, die 2024 Zuschüsse aus der öffentlichen Hand bekamen, sortiert nach Höhe der Lobbyausgaben, Quelle: Lobbyregister (Stand: 9.9.2025)

- Verband der Automobilindustrie (VDA)
- Verband kommunaler Unternehmen (VKU)
- Deutscher Bauernverband (DBV)
- Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA)
- Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV)
- Zentralverband des Deutschen Baugewerbes
- Bundesverband der Solarwirtschaft (BSW)
- Der Mittelstand, Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW)
- Fachverband Biogas
- Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)
- Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter
- TÜV-Verband
- Deutscher Wasserstoff-Verband (DWV)
- Deutscher Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA)
- Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie
- Handelsverband Deutschland (HDE)
- Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW)
- Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BDE)
- Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE)

69 <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssaar-104718-8>

70 <https://www.lobbycontrol.de/ueber-uns/unsere-finanzierung/>

Welche Transparenzregeln gibt es für NGOs und andere Akteure, die auf die Politik Einfluss nehmen?

Es gibt sowohl in Brüssel als auch in Berlin Register, in die sich alle Akteure, die Lobbyarbeit betreiben, eintragen müssen: das deutsche Lobbyregister und das europäische Transparenzregister. Dort müssen sie auch Angaben über ihre Finanzierung einschließlich öffentlicher Fördergelder machen. Außerdem gibt es ein öffentliches Zuwendungsempfängerregister sowie ein Vereinsregister.

Die Registrierungspflicht gilt nicht nur für Wirtschaftsverbände, sondern auch für zivilgesellschaftliche Organisationen einschließlich NGOs. Die Existenz des Transparenz- bzw. Lobbyregisters wird im Rahmen der Diffamierungskampagnen teils ausgeblendet oder abgewertet, um den Vorwurf mangelnder Transparenz aufrechtzuerhalten. Die „Initiative Transparente Demokratie“ (vgl. S. 13f), die die NGO-Diffamierungskampagne befeuert, erwähnte das Lobbyregister auf ihrer Webseite zunächst gar nicht, obwohl sie sich angeblich der Transparenz verschrieben hat.⁷¹ Erst später ergänzte sie einen eigenen Artikel dazu.

In Deutschland haben sich zudem etwa 2000 Organisationen seit 2010 der Initiative Transparente Zivilgesellschaft angeschlossen und verpflichten sich damit freiwillig zu noch weitreichenderer Transparenz.⁷² Es gibt zudem verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen und auch Bündnisse, die sich für Transparenz des politischen Entscheidungsprozesses einsetzen. Dazu zählen etwa Transparency International, Frag den Staat, Abgeordnetenwatch und natürlich auch LobbyControl.

Trotz Lobbyregister bestehen weiterhin zahlreiche Möglichkeiten, intransparent Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse zu nehmen – vor allem für Akteure mit hohen Lobbybudgets. Dazu zählen etwa intransparente Geldflüsse an Parteien oder Bestechungsgelder an Abgeordnete, wie im Katargate-Skandal in Brüssel.⁷³

⁷¹ https://lobbypedia.de/wiki/Initiative_Transparente_Demokratie

⁷² <https://www.transparente-zivilgesellschaft.de/>

⁷³ <https://www.lobbycontrol.de/parteienfinanzierung/parteispenden-deutschland-ist-das-intransparenteste-land-in-europa-115718/>, <https://www.lobbycontrol.de/lobbyismus-in-der-eu/katargate-oder-wie-man-den-kopf-aus-der-schlinge-zieht-113018/>

4.

WELCHE AUSWIRKUNGEN HABEN DIE DIFFAMIERUNGSKAMPAGNEN GEGEN ZIVILGESELLSCHAFTLICHE AKTEURE BEREITS?

Schon jetzt sind die Auswirkungen der Diffamierungskampagnen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen spürbar. In Deutschland fanden sich die Drohgebärden der Union bereits in ihrem Programm zur Bundestagswahl 2025 wieder: Dort forderte sie bereits, Verbandsklagerechte bei Infrastrukturvorhaben abzuschaffen. Dieses Vorhaben steht nun tatsächlich im Koalitionsvertrag der Regierung Merz.⁷⁴ Außerdem soll das Informationsfreiheitsgesetz reformiert werden – unklar bleibt, in welche Richtung.

In Brüssel hat ein Kontrollgremium zur Überprüfung der NGO-Finzen seine Arbeit aufgenommen (vgl. S. 8). Damit können die Europäische Volkspartei, also die Union, und die rechten Parteien ihr falsches Narrativ eines „NGO-Lobbyskandals“ nun auch institutionalisiert immer wieder auf die politische Tagesordnung setzen. Auch im Rahmen der Haushaltsverhandlungen ist damit zu rechnen, dass rechte und konservative Abgeordnete das Thema wieder aufgreifen.

Der Druck auf die EU-Kommission bei der Finanzierung von Umweltorganisationen zeigt bereits Wirkung: Diese dürfen künftig keine direkte Lobbyarbeit mehr bei Abgeordneten mit EU-Fördergeldern leisten und müssen ihre Arbeitsprogramme entsprechend umschreiben.⁷⁵ Damit wird ihr im LIFE-Programm verankerter Auftrag zur Beteiligung an politischen Debatten konterkariert. Zudem führt die Unsicherheit über die zukünftige Finanzierung schon jetzt dazu, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in Brüssel Stellen abbauen.⁷⁶

In Deutschland sorgt die politische Einschüchterung durch öffentliche Diffamierung bereits jetzt für große Verunsicherung bei der Zivilgesellschaft. Der Ziviz-Survey von 2023, eine umfassende repräsentative Befragung der gesamten Zivilgesellschaft, zeigt: Bereits 30.000 Vereine äußern sich aus Angst vor dem Verlust der Gemeinnützigkeit nicht mehr oder nur noch eingeschränkt politisch. In vielen Gemeinden Ostdeutschlands, wo der Druck durch antidemokratische Kräfte besonders hoch ist, verlieren Organisationen, die sich für Demokratie und Vielfalt engagieren, ihre Fördergelder – oft mit Unterstützung der CDU.⁷⁷ Die neuen Diffamierungskampagnen verschärfen den Druck zusätzlich und binden Kräfte, die eigentlich für andere Aufgaben gebraucht würden.

⁷⁴ <https://www.lobbycontrol.de/aus-der-lobbywelt/koalitionsvertrag-lobbygeschenke-statt-lobbyregulierung-120739/>

⁷⁵ [https://www.europarl.europa.eu/cmsdata/290965/Guidance_funding%20to%20lobbying%20activities_final%20Ares\(2024\)3320196-%2007052024.pdf](https://www.europarl.europa.eu/cmsdata/290965/Guidance_funding%20to%20lobbying%20activities_final%20Ares(2024)3320196-%2007052024.pdf)

⁷⁶ <https://www.politico.eu/article/eu-commission-funding-cuts-health-ngos-democracy/>

⁷⁷ <https://www.ziviz.de/ziviz-survey>, <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/afd-setzt-zivilgesellschaft-in-ostdeutschland-unter-druck-wie-die-cdu-ihr-dabei-hilft-a-3306ebc0-57d1-418e-a297-26ddf4ea6afc>

5.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Zivilgesellschaftliche Organisationen bündeln gesellschaftliche Anliegen, schaffen Räume für demokratisches Engagement – und wirken als Korrektiv zur finanzstarken Konzernlobby. Wer diese Räume einschränkt, schwächt die Demokratie. Denn unsere Gesellschaft und unsere Demokratie brauchen zivilgesellschaftliche Akteure wie die Luft zum Atmen.

Jetzt kommt es darauf an, dass sich unsere Gesellschaft den Kampagnen und Drohungen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen entgegenstellt – mit klarer Rückendeckung durch die Politik. Diese Kampagnen müssen als das entlarvt werden, was sie sind: politische Einschüchterungsversuche nach autoritärem Drehbuch, befeuert von fragwürdigen PR-Strategien einflussreicher Konzerne. Die Bundesregierung sollte Vereine und zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für demokratische Werte einsetzen, gezielt schützen – mit folgenden Maßnahmen:

→ **Zivilgesellschaft stärken und schützen:**

Angesichts der Bedrohungen unserer Demokratie von innen und außen muss die Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen – insbesondere im Bereich Demokratieförderung – oberste Priorität haben. Es braucht ein klares Bekenntnis und konkrete politische Initiativen für eine starke, lebendige Zivilgesellschaft. Regierung und EU-Institutionen sollten sich entschieden gegen Diffamierungsversuche und Einschränkungen der Handlungsspielräume wenden. Vor allem die Unionsparteien dürfen sich nicht von Kampagnen aus dem AfD-Umfeld treiben lassen.

→ **Gemeinnützigkeitsrecht reformieren:**

Demokratiearbeit muss klar als gemeinnützig anerkannt sein. Ebenso braucht es eine rechtliche Klarstellung, dass Organisationen an der öffentlichen Debatte und der demokratischen Willensbildung politisch äußern dürfen. Die unter der Ampelregierung geplante Reform des Gemeinnützigkeitsrechts blieb aus. Wir brauchen neue und zeitgemäße Satzungszwecke in der Abgabenordnung, die auch Demokratie- und Menschenrechtsförderung ausdrücklich einschließen.

→ **Europaweiter rechtlicher Rahmen für NGOs:**

Schon lange wird in Brüssel diskutiert, gemeinnützigen Vereinen und NGOs einen klaren, grenzüberschreitenden rechtlichen Rahmen zu bieten, um ihre Tätigkeiten innerhalb der EU zu erleichtern und die Zivilgesellschaft in Europa zu stärken. Dieses Vorhaben muss endlich umgesetzt und zugleich eine stabile, zugängliche Finanzierung für Zivilgesellschaft gesichert werden.

→ **Ausgewogene und breite Beteiligung sicherstellen:**

Vorrangig wirtschaftliche Akteure haben mehr Ressourcen, ihre Interessen an die Politik heranzutragen als zivilgesellschaftliche Akteure, die sich für gemeinwohlorientierte Anliegen einsetzen. Entscheidungsträger*innen müssen daher aktiv für einen entsprechenden Ausgleich sorgen und schwächer ausgestattete gesellschaftliche Anliegen gezielt einbinden – sei es bei der Besetzung von Gremien oder der Kontaktpflege. Bei der Vergabe von Fördergeldern sollte der finanzielle Nachteil zivilgesellschaftlicher Akteure bis zu einem gewissen Grad ausgeglichen werden, um die Vielfalt der Interessen in der Politik sicherzustellen.

→ **Einseitigen Lobbyeinfluss zurückdrängen:**

Transparenz und wirksame Regeln gegen einseitigen Lobbyeinfluss müssen mehr Priorität haben. Dazu gehören ein Parteispendendeckel zur Begrenzung des Einflusses von Superreichen und Konzernen sowie erweiterte Offenlegungspflichten für Lobbykontakte und Unternehmensbeteiligungen von Regierungsmitgliedern.

Zum Weiterlesen

Artikel und Lobbyedia-Einträge von LobbyControl

- [Warum eine starke Zivilgesellschaft und ihre Organisationen so wichtig sind](#) (2025)
- [7 zu 81: Übermacht der Wirtschaftslobby](#) (2025)
- [Konservative Kampagne: Wie Christdemokraten in Brüssel die Zivilgesellschaft schwächen](#) (2025)
- [Warum die Stimmungsmache gegen die Umwelthilfe fragwürdig ist](#) (2019)
- [CDU will handelskritischen NGOs EU-Förderung verweigern](#) (2017)
- [Wenn Konzerne den Protest managen](#) (Tagungsdokumentation, 2015)
- [Initiative Transparente Demokratie](#) (Lobbyedia)
- [Astroturfing](#) (Lobbyedia)

Weitere Studien zum Thema

- Hummel, Siri und Schubert, Peter (2025). [Das Anti-NGO-Narrativ: Wie versucht wird, die Zivilgesellschaft zu delegitimieren](#). (Opuscula, 200). Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft
- Brot für die Welt (2025): [Atlas der Zivilgesellschaft 2025. Freiheitsrechte unter Druck. Angriffe auf den Rechtsstaat. Zahlen. Analysen. Interviews. Weltweit.](#)
- Haefner, Daniel (Hg., 2016): [Konzern. Macht. Protest. Über künstliche Bürgerinitiativen](#). Rosa-Luxemburg-Stiftung

Organisationen (Auswahl), die zum Thema Zivilgesellschaft arbeiten

- [Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung](#): Die Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung ist ein Zusammenschluss diverser zivilgesellschaftlicher Organisationen, groß und klein, lokal und national arbeitend. Sie setzt sich dafür ein, die Gemeinnützigkeit für Organisationen der Zivilgesellschaft zu sichern, die Beiträge zur politischen Willensbildung leisten und sich selbstlos für ihre Zwecke einsetzen.
- [Maecenata Stiftung](#): Die Maecenata Stiftung ist ein unabhängiger Think Tank zum Themenfeld Zivilgesellschaft, Bürgerengagement, Philanthropie und Stiftungswesen.
- [Civil Society Europe](#): ist die Koordinationsstelle der Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene. Sie sorgt für den Austausch zwischen den Organisationen, setzt sich für die Anerkennung und Beteiligung in der Politik und für Sicherheit und Handlungsspielräume ein.

- Civil Liberties Union for Europe: Die Civil Liberties Union for Europe (Liberties) ist eine gemeinnützige Organisation, die die Menschenrechte aller Menschen in der Europäischen Union schützt. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit sind die Angriffe auf zivilgesellschaftliche Organisationen.
- Gesellschaft für Freiheitsrechte: Die Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF) ist ein gemeinnütziger Verein, der strategische Gerichtsverfahren und juristische Interventionen nutzt, um Demokratie und Zivilgesellschaft zu fördern, Überwachung und digitale Durchleuchtung zu begrenzen und für alle Menschen gleiche Rechte und soziale Teilhabe durchzusetzen.

Über LobbyControl:

LobbyControl ist ein gemeinnütziger Verein, der über Machtstrukturen und Einflussstrategien in Deutschland und der EU aufklärt. Wir liefern aktuelle Recherchen und Hintergrundanalysen. Mit Kampagnen und Aktionen machen wir Druck für politische Veränderung. LobbyControl setzt sich ein für eine lebendige und transparente Demokratie.

LobbyControl ist Teil der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Mehr zu unserer Transparenz und unseren Finanzen finden Sie unter www.lobbycontrol.de/transparenz.

Bleiben Sie mit uns in Kontakt:

- unter www.lobbycontrol.de unseren Newsletter abonnieren
- folgen Sie uns auf Instagram (@lobbycontrol), LinkedIn (@lobbycontrol), Bluesky (@lobbycontrol.bsky.social), Mastodon (@lobbycontrol@bewegung.social) oder Facebook (@lobbycontrol)



Unterstützen Sie unsere Arbeit!

Unsere unabhängige Arbeit wird durch Fördermitgliedschaften und private Einzelspenden ermöglicht. Unterstützen Sie Studien wie diese und unsere weitere Arbeit mit einer Spende: Schon 5 Euro helfen. Vielen Dank!

Spendenkonto:

IBAN: DE 8037 0205 0000 0804 6200

Bank für Sozialwirtschaft

BIC BFSWDE33XXX

Online Spende:

- www.lobbycontrol.de/spenden

Als gemeinnütziger Verein stellen wir Ihnen für Ihre Spende natürlich eine steuerabzugsfähige Spendenbescheinigung aus. Wir finanzieren uns durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und Stiftungsgelder. Mehr Informationen finden Sie unter:

- www.lobbycontrol.de/finanzierung

www.lobbycontrol.de